

Bilaterale Verträge

Eine der Kernvorlagen der Sommersession 2008 war die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU (Bilaterale Verträge) und deren Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien. Die Grünliberalen waren in beiden Räten klar dafür.

Votum Tiana Moser: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4804/269156/d_n_4804_269156_269157.htm

Diskussionen ergab die (Detail-)Frage, ob es sich dabei um eine oder um zwei Vorlagen handeln soll. Man kann durchaus beide Positionen vertreten. Letztlich müssen zur Weiterführung der Bilateralen Verträge in jedem Fall beide Abkommen mit ja beantwortet werden. Und so war es aus Sicht einer Mehrheit der Grünliberalen NR/SR sinnvoll, eine Vorlage zu beschliessen.

Votum Verena Diener: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/s/4803/268267/d_s_4803_268267_268268.htm

Kernenergiehaftung

Das Parlament hat einer minimal erhöhten Haftung bei Kernanlagen zugestimmt und dabei das internationale Abkommen von Paris genehmigt. Die Anträge der Grünliberalen, die Haftungssumme auf mindestens 10 % der maximal zu erwartenden Schadenssumme bei 500 Mrd. Franken festzulegen und die Verjährungsfristen auf 60 Jahre zu verdoppeln, wurde leider klar abgelehnt. Damit will die Mehrheit der beiden Räte die Atomenergie weiterhin indirekt subventionieren, um bestehende AKW möglichst lange zu betreiben und für allfällige neue eine günstige Ausgangslage zu verschaffen.

Votum Martin Bäumle: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4804/268805/d_n_4804_268805_268806.htm

Energie- und Umweltvorstösse

Erfreulicherweise wurden verschiedene Vorstösse, welche massgeblich auch von unserer Seite in der UREK mitgestaltet wurden, an den Bundesrat überwiesen: Motion zur Erhöhung der Energieeffizienz; Motion für Verbrauchsvorschriften bei Büro- und Haushaltgeräten, Leuchtmitteln, Elektromotoren und Haustechnikanlagen; Motion für einen schweizweit einheitlichen obligatorischen Gebäudeenergieausweis als freiwillige Massnahme; Motion für eine periodisch aufdatierte Energieetikette für Elektroanlagen, Fahrzeuge und Geräte; Motion zur Produktion von Wärme aus erneuerbaren Energien.

Leider wurde eine Kommissionsmotion für ein Partikelfilterobligatorium für Dieselmotoren abgelehnt, was jedoch nicht so tragisch ist, da eine ähnliche Motion des Ständerates bereits überwiesen wurde.

Zudem wurde glücklicherweise eine Kommissionsmotion zur Übernahme der Lärmfonds der Landesflughäfen durch den Bund abgelehnt, was eine weitere indirekte Subventionierung des Luftverkehrs bedeutet hätte.

Verfahrensgarantien Fluglärm

Der Ständerat hat Nichteintreten auf die Nationalratsvorlage zur Teilrevision des Enteignungs- und des Luftfahrtgesetzes beschlossen, weil er die Vorlage als zu überladen und zu komplex sah. Der Ständerat sieht aber in Übereinstimmung mit dem Nationalrat Handlungsbedarf bezüglich Entschädigungsforderungen beim Fluglärm. Er hat darum eine Kommissionsmotion für die Entschädigung nachbarrechtlicher Abwehransprüche wegen Fluglärms angenommen. Nun wird der Nationalrat (mit Martin Bäumle in der UREK-N) nochmals die Gelegenheit erhalten, seine Vorlage kritisch zu überprüfen und dem Ständerat eine mehrheitsfähige Vorlage zu präsentieren.

Bahninfrastruktur (ZEB)

Der Ständerat hat das Bundesgesetz über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) gutgeheissen und einen Gesamtkredit von 5,4 Milliarden Franken für die ZEB angenommen. Dabei konnten nicht alle wichtigen und nötigen Projekte wie ein Zimmerbergtunnel oder die Lösung des Engpasses im Raume Winterthur berücksichtigt werden, insbesondere weil die NEAT zu viel Geld bindet.

Votum Verena Diener: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/s/4804/270523/d_s_4804_270523_270524.htm

Die weiteren Projekte sollen in einer zweiten Vorlage eingebunden werden, deren Finanzierungsgrundlage aber noch zu erarbeiten ist. Hier bietet die geplante Volksinitiative des VCS Schweiz – welche die Grünliberale Partei Schweiz offiziell unterstützt - eine Steilvorlage, welche die Zweckbindung der Treibstoffzollgelder zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs verbessern will und welche die Grünliberale Partei Schweiz unterstützt. Zudem werden für eine Volksinitiative des VCS Zürich Unterschriften gesammelt, welche einen Kredit für den Ausbau Winterthur verlangt.

Parallelimporte

Der Nationalrat hat leider in einem Systementscheid das Verbot von Parallelimporten patentgeschützter Produkte bekräftigt. Die Grünliberalen haben hier klar für EU-weite Parallelimporte gestimmt.

Votum Martin Bäumlé: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4804/271099/d_n_4804_271099_271205.htm

Entwicklungszusammenarbeit

Der NR hat den Rahmenkredit von 4,5 Milliarden Franken für die technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern in den Jahren 2009-2011 und den Rahmenkredit von 800 Millionen Franken für Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen der Entwicklungszusammenarbeit 2009-2012 gutgeheissen. Ebenfalls angenommen wurde ein Artikel 2bis, der fordert, dass der Anteil der multilateralen Hilfe 40 Prozent des gesamten Rahmenkredits nicht übersteigen darf. Zudem wurde eine Kommissionsmotion für zusätzliche Rahmenkredite angenommen, damit ab 2009 die Zielvorgabe von 0,4 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden kann. Weitergehende Anträge in Richtung 0.7 % und auch ein Kompromissvorschlag bei 0.5 %, welche die Grünliberalen unterstützt haben, wurden aus politischen und Kostengründen abgelehnt.

Votum Tiana Moser: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4804/271523/d_n_4804_271523_271734.htm

Zivildienst

Der Nationalrat hat mit Zustimmung der glp mit der Änderung des Zivildienstgesetzes die Einführung des Tatbeweises beschossen. Damit soll nun eine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst möglich werden, wobei der Zivildienst eineinhalb mal so lang dauern soll wie die Militärdienstpflicht.

Rechnung 2007

Weitere Geschäfte waren die Abnahme der Rechnung und des Geschäftsberichtes 2007, welche insbesondere wegen des erfreulichen Resultates wenig Wellen warfen.

Rohstoffpreise und Nahrungsmittelkrise

Der Nationalrat hat dringliche Interpellationen zu den steigenden Rohstoffpreisen und zur Nahrungsmittelkrise behandelt.

Votum Thomas Weibel: http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4804/272700/d_n_4804_272700_272701.htm

Mit herzlichen Grüssen

Martin Bäumlé
Nationalrat